

Eidgenössisches Departement für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)
Bundeshaus Nord
3003 Bern

Ausschliesslich per E-Mail an:
ecco@gs-uvek.admin.ch

Zürich, 19.03.2026

Anpassung der Klimaschutz-Verordnung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Rösti
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nehmen wir die Möglichkeit wahr, innerhalb der festgesetzten Frist Stellung zu nehmen zur «Anpassung der Klimaschutz-Verordnung». Wir konzentrieren uns in unserer Stellungnahme auf ausgewählte Aspekte, insbesondere mit Bezug zur öffentlichen IKT-Beschaffung. Im Übrigen verweisen wir auf die Stellungnahme des Dachverbands Economiesuisse.

Swico ist der Wirtschaftsverband der Digitalindustrie und vertritt die Interessen etablierter Unternehmen sowie Start-ups in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und betreibt das nationale Rücknahmesystem «Swico-Recycling» für Elektro- und Elektronikgeräte. Swico zählt über 750 Mitglieder aus der ICT- und Internetbranche. Diese Unternehmen beschäftigen rund 60'000 Mitarbeitende und erwirtschaften jährlich einen Umsatz von über 40 Milliarden Franken.

Zusammenfassung:

Die Digitalwirtschaft engagiert sich aktiv für klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen. Einerseits bei der Einbringung von Produkten Dienstleistungen in die Märkte, andererseits auch End-of-Life mit dem etablierten und breit anerkannten Swico-Recycling-System.

Wir anerkennen, dass die Verwaltung als wertvoller Impulsgeber für einen effizienten und technologisch offenen Klimaschutz fungieren kann. Für Swico ist dabei entscheidend, dass Standortattraktivität und Wirtschaftlichkeit gewahrt bleiben. Das heisst, dass ambitionierte Klimaziele mit realistischer Planung, Verhältnismässigkeit und international abgestimmten Ansätzen zu verfolgen sind. Dabei muss sichergestellt sein, dass Verpflichtungen oder Kosten der Bundesverwaltung nicht auf die Wirtschaft abgewälzt werden.

Hinsichtlich der nachhaltigen öffentlichen IKT-Beschaffung weisen wir auf die grosse bürokratische Belastung von Anbietern hin. **Wir fordern, dass der Bund seine Beschaffungsstrategie konsequent umsetzt und bei der Wahrnehmung seiner Vorbildfunktion im Klimabereich bei der öffentlichen IKT-Beschaffung gezielt Innovation und Anbieterfreundlichkeit stärkt.**

1 Verwaltung als Impulsgeber für effizienten Klimaschutz

Die Digitalwirtschaft engagiert sich aktiv für klimafreundliche Produkte und Dienstleistungen. Einerseits bei der Einbringung von Produkten Dienstleistungen in die Märkte, andererseits auch End-of-Life mit dem etablierten und breit anerkannten [Swico-Recycling-System](#).

Für noch mehr Innovation und Skalierung im Klimabereich werden vor allem Planungssicherheit, ein verhältnismässiger rechtlicher Rahmen, der technologische Vielfalt zulässt, und Märkte, welche die Nachhaltigkeitsleistungen abgelden, benötigt. Die Vorbildfunktion des Bundes kann einen wertvollen Beitrag im Klimaschutz leisten, sofern die Verwaltung auf technisch umsetzbare und wirtschaftlich tragbare Massnahmen ohne unnötige Bürokratie fokussiert. Die ambitionierten Klimaziele des Bundes können unter den richtigen Bedingungen Innovationsimpulse setzen und die Markchancen klimafreundlicher Technologien bzw. Produkte und Dienstleistungen erhöhen. Die Standortattraktivität muss dabei im Zentrum der klimapolitischen Rahmenbedingungen stehen.

2 Massgebliche finanzielle, rechtliche, technologische und ökologische Risiken

Wir weisen darauf hin, dass die vorgesehene Beschleunigung der Dekarbonisierung der öffentlichen Hand bis 2040 ambitioniert und mit hohen, noch schwer absehbaren Kosten verbunden ist. Dies insbesondere auch, weil Scope-3-Emissionen rund 90 Prozent der Gesamtemissionen ausmachen und ihre vollständige Erfassung bisher fehlt. Dies führt zu Unsicherheiten, die eine seriöse mittel- und langfristige Planung erschweren und das Risiko erhöhen, dass Mittel in teure oder technisch noch nicht ausgereifte Massnahmen fliessen. Zudem drohen staatliche Klimaschutzprojekte knappe Fachkräfte und Kapazitäten zu binden und private Investitionen zu verdrängen, was die gesamtwirtschaftliche Wirksamkeit verringern kann.

Vor diesem Hintergrund sind eine strikte Effizienzorientierung, technologische Offenheit sowie die Einbindung von international anerkannten Zertifikaten zentral. Gleichzeitig muss vermieden werden, dass die Bundesverwaltung ihre Verpflichtungen oder Kosten auf die Wirtschaft abwälzt.

Schliesslich verstösst eine über den gesetzlichen Rahmen des Klimaschutzgesetzes (KIG) hinausgehende Ausweitung der Vorbildfunktion etwa auf Kantone und deren Unternehmen gegen das Legalitätsprinzip und die föderale Kompetenzordnung, während noch ausstehende oder parallel laufende Regulierungen zusätzliche Rechtsunsicherheit produzieren, wenn sie nicht kohärent bzw. nicht aufeinander abgestimmt werden.

3 Innovation und Anbieterfreundlichkeit in öffentlicher IKT-Beschaffung stärken

Zusätzlich zu den in Kapitel 2 dargelegten Risiken, weisen wir darauf hin, dass Unternehmen in der öffentlichen IKT-Beschaffung bereits massgeblich unter übermässigen Anforderungen und bürokratischen Nachweispflichten – gerade im Nachhaltigkeitsbereich – leiden. Insbesondere KMU sind von diesen administrativen Hürden besonders stark betroffen. Zusätzlich stellen wir eine mangelnde Innovationsoffenheit fest. So liegt aus unserer Sicht noch bestehendes Potenzial für wirksame und gleichzeitig effiziente Produkte und Dienstleistungen brach, die einen Mehrwert bei der Erreichung der Klimaziele bieten könnten.

Wir fordern deshalb, dass der Bund seine [Beschaffungsstrategie](#) konsequent umsetzt und bei der Wahrnehmung seiner Vorbildfunktion im Klimabereich gezielt Innovation und Anbieterfreundlichkeit bei der öffentlichen IKT-Beschaffung stärkt.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
Swico



Dr. Jon Fanzun
CEO



Simon Ruesch
Head Legal und Public Affairs
Mitglied der Geschäftsleitung